NomosPraxis

Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder

Handbuch für die Beratungspraxis

Bearbeitet von
Caritasverband für die Diözese Münster e.V., Birgit Scheibe

8. Auflage 2017. Buch. 572 S. Softcover
ISBN 978 3 8487 3977 6

Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Allgemeines Verwaltungsrecht

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NomosPraxis

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. [Hrsg.]
Redaktionelle Verantwortung: Rechtsanwältin Birgit Scheibe

Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder

Handbuch für die Beratungspraxis

8. Auflage

Nomos

caritas

http://www.nomos-shop.de/29382

NomosPraxis

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. [Hrsg.]

Redaktionelle Verantwortung:
Rechtsanwältin Birgit Scheibe

Ansprüche im Sozialrecht für Mütter und Kinder

Handbuch für die Beratungspraxis

8. Auflage

Nomos

http://www.nomos-shop.de/29382

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3977-6

8. Auflage 2017
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

http://www.nomos-shop.de/29382

Vorwort

Schwangere Frauen, werdende Eltern und Familien kommen mit persönlichen, familiären, wirtschaftlichen, beruflichen, finanziellen, sozialen, psychischen und psychosozialen Konflikten in die Schwangerschaftsberatungsstellen. Diese werden, solange es keine zentrale Anlaufstelle für Leistungen an Familien gibt, die erste Anlaufstelle für sozialrechtliche Fragen bleiben.

Das vorliegende Handbuch führt durch die komplizierte sozialrechtliche Gesetzesmaterie und gibt damit auch eine Antwort auf die über 30 Jahre alte und fortdauernde Beobachtung des ersten Armutsberichts des DiCV Münster „Arme haben keine Lobby". Unsere Forderung, das Sozialrecht zu vereinfachen, haben wir nicht erreicht – aber wir können es erklären.

Schwerpunkt des Handbuchs bleibt auch in der umfassend überarbeiteten achten Auflage die Aufbereitung der schwierigen Materie des SGB II. Die dazu ergangene **Rechtsprechung und die Gesetzgebung** sowie das **SGB II-Rechtsvereinfachungsgesetz** werden vorgestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Darstellung von Ansprüchen Auszubildender.

Die wechselvolle Rechtsentwicklung für EU-Bürger*innen wird so aufbereitet, dass Sozialberater*innen die Materie nachvollziehen können.

Für den Umgang mit immer wieder kehrenden Problemen, z.B. **Schwangerer im elterlichen Haushalt** oder **Anträgen auf einmalige Beihilfen** werden Argumentationslinien an die Hand gegeben.

Aus anderen Sozialrechtsgebieten werden wiederholt auftretende Probleme, wie beispielsweise die Ablehnung des **ALG I bei Schwangerschaften**, oder die **verweigerte Entgegennahme eines Antrages** aufbereitet.

Ziel des Handbuchs ist es, juristische Laien in die Lage zu versetzen, die komplexen Regelungen zu verstehen. So wird u.a. das „Gesetz zur Einführung des **Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit** im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz" erläutert. Die Reform zum **Mutterschutzgesetz**, die eigentlich schon am 1.1.2017 in Kraft treten sollte, wird ebenso wie die Reform des UVG vorgestellt.

Der Herausgeber dankt der CaritasGemeinschaftsStiftung für ihre großzügige Unterstützung.

Münster im Juni 2017 Heinz-Josef Kessmann (Diözesancaritasdirektor)

http://www.nomos-shop.de/29382

Hinweise zur Nutzung des Handbuchs

Die nachfolgenden Ausführungen, Übersichten und Hinweise zu den sozialrechtlichen Ansprüchen von schwangeren Frauen, jungen Müttern und Vätern und deren Kindern orientieren sich daran, wie nach Lage des Gesetzes derartige Ansprüche heute ausgestaltet werden sollten. Dabei ging der Herausgeber auch schon vor der Entscheidung des BVerfG vom 9.2.2010 (Az.: 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) davon aus, dass mit staatlichen Leistungen nicht nur das absolut unerlässliche Minimum an Leistungen zur Verfügung gestellt werden soll. Aufgabe der Grundsicherung ist es, Empfänger*innen der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Diesen Grundsatz hat der Gesetzgeber 2011 wieder in das SGB II eingefügt. Daher werden auch solche Hinweise und Auffassungen wiedergegeben, die an manchen Orten in der Praxis nicht anzutreffen sind. Dadurch soll ermöglicht werden, den betroffenen Hilfesuchenden Argumente an die Hand zu geben, um vor Ort möglicherweise noch Leistungen zu bekommen, die aktuell vielleicht nicht sofort gewährt werden.

Vor diesem Hintergrund werden auch erstinstanzliche Urteile und Beschlüsse von Verwaltungs- und Sozialgerichten abgedruckt. Diese Entscheidungen entfalten – selbst wenn sie rechtskräftig geworden sind – nur einen begrenzten regionalen Wirkungsgrad. Beispielsweise kann man sich nicht rechtswirksam in Münster auf eine positive Entscheidung eines Sozialgerichts in Süddeutschland beziehen. Dennoch enthalten solche erstinstanzlichen Urteile und Beschlüsse häufig Argumentationsketten und Gesichtspunkte, die auch für die Beantragung einer Sozialleistung an anderen Orten als dem Sitz des Gerichts von Interesse sein könnten und eine Hilfe darstellen. Die Wiedergabe auch erstinstanzlicher Entscheidungen erfolgt dabei auch mit der Perspektive, begrüßenswerte Entwicklungen einem größeren Kreis von Hilfesuchenden und Interessierten bekannt zu machen und damit – auch in Zeiten finanzieller Engpässe – positiven Entwicklungen Vorschub zu leisten.

Die Entscheidungen können zum Teil im Internet recherchiert werden, z.B. unter www.sozialgerichtsbarkeit.de oder www.dejure.org. Da dies aber nicht immer der Fall ist und das enge Zeitfenster der Berater*innen und Sachbearbeiter*innen eine Recherche oft nicht zulässt, werden wesentliche Passagen vieler Entscheidungen zitiert. Der Herausgeber hofft, damit den Beteiligten die Akzeptanz für eine Rechtsauffassung zu erleichtern.

Passend zu dem Charakter der Schwangerschaftsberater*innen als Netzwerker*innen[1] verweist die Verfasserin auf andere gute Quellen und beschränkt sich zum Teil auf Verweise allgemeiner Darstellungen, um sich vertieft den speziellen Konstellationen ihrer Zielgruppe widmen zu können.

Für einen besseren Zugang werden Zitate mit Fettdruck markiert und teilweise durch Aufzählungszeichen ergänzt, die in der Originalfassung nicht verwendet wurden.

1 Host Country Paper zur Peer Review 2010 „Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ am 21./22. Januar 2010 in Berlin.

http://www.nomos-shop.de/29382

Inhaltsübersicht

Vorwort 5
Hinweise zur Nutzung des Handbuchs 7

Abkürzungsverzeichnis 25

A. Arbeitsförderung (SGB III) 29

B. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) 43

C. Unterhaltsvorschuss 319

D. Elterngeld 329

E. Kindergeld 382

F. Kinderzuschlag 392

G. Krankenschutz 402

H. Besonderheiten bei Migrationshintergrund 429

I. Leistungen der Jugendhilfe 450

J. Besonderheiten im BAföG 462

K. Was ist allgemein in Verwaltungsverfahren zu beachten? 465

L. Rechtsschutz 502

M. Sonstige rechtliche Aspekte der Schwangerschaftsberatung 514

N. Arbeitsrechtliche Aspekte 518

O. Besonderheiten für Mütter nach Fehlgeburt 555

Stichwortverzeichnis 557

http://www.nomos-shop.de/29382

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Hinweise zur Nutzung des Handbuchs 7

A. Arbeitsförderung (SGB III) 29

I. Versicherungspflicht 29
1. Mutterschutz 29
2. Sonderfall: Gleichstellung von Mutterschaftszeiten vom 1.1.1998 bis zum 31.12.2002 29
3. Kindererziehungszeiten 30

II. Ausschluss der Verfügbarkeit durch Mutterschutz? 31
1. Mutterschutz 31
2. Kinderbetreuung 35

III. Höhe des Arbeitslosengeldes 35
1. Mutterschutzzeiten 36
2. Elternzeit, Elterngeld, Kinderbetreuung 36
3. Kinder 37

IV. Ruhen des Anspruchs auf ALG 38

V. Wichtiger Grund im Sinne des Sperrzeitrechts 38

VI. BAB bei Schwangerschaft und nach Entbindung 39

VII. Die Höhe der Berufsausbildungsförderung 39
1. Kinderbetreuungskosten 39
2. Ermittlung des Einkommens 40

VIII. Höhe der Förderung der beruflichen Weiterbildung 41

IX. Höhe der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen 41
1. Haushaltshilfe 41
2. Kinderbetreuungskosten 42

B. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) 43

I. „Hartz IV“ im Überblick 43
1. ALG I (SGB III) und ALG II (SGB II) 46
2. Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 1 SGB II und § 19 Abs. 1 SGB I 47
3. Sozialhilfe-Leistungsausschluss, § 5 Abs. 2 SGB II, § 21 SGB XII 47

II. Verfahren 48
1. Zuständige Sozialleistungsträger, §§ 6 ff SGB II 48
2. Örtliche Zuständigkeit, § 36 SGB II 49
3. Antragserfordernis, § 37 SGB II 51
4. Vertretung der Bedarfsgemeinschaft, § 38 SGB II 51

III. Anspruchsvoraussetzungen 52
1. ALG II und Sozialgeld 52
2. Erwerbstätigkeit von Ausländer*innen, §§ 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 8 Abs. 2 SGB II 53
a) Grundsätzlich: Arbeitserlaubnis 53
b) Ausschluss für die ersten drei Monate, § 7 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 SGB II 54
c) Ansprüche von EU-Bürger*innen 54

http://www.nomos-shop.de/29382

d) Verlust gemäß § 5 Abs. 5 FreizügG/EU 64
e) Verlust gemäß § 6 Abs. 1 FreizügG/EU 64
3. Leistungsausschluss bei Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG, § 7 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 SGB II 64
4. Auszubildende, §§ 7 Abs. 5, 6, 27 SGB II 65
a) Ausschluss von SGB-II-Leistungen für Auszubildende mit grundsätzlicher BAföG-Berechtigung, § 7 Abs. 5 S. 1 SGB II 66
b) Ausschluss von SGB-II-Leistungen für Auszubildende in Wohnheimen und Internaten, § 7 Abs. 5 S. 2 SGB II 67
c) Auszubildende ohne individuelle BAföG-Berechtigung 68
d) Beurlaubte Auszubildende 68
e) Teilzeitstudium 71
f) Auszubildende mit „regulärem“ SGB II-Anspruch, § 7 Abs. 6 Nr. 1 SGB II 71
g) Die Ausnahmevorschrift des § 7 Abs. 6 Nr. 2 SGB II 74
h) Auszubildende an Abendschulen 76
i) Ansprüche nach SGB II 76
j) Besonderer Härtefall, §§ 27 Abs. 3 S. 1, 42 a Abs. 5 SGB II 77
k) Gesetzlich definierter besonderer Härtefall 80
l) Darlehen im Monat der Aufnahme einer Ausbildung, § 27 Abs. 3 S. 4 SGB II 81
m) Allgemeines zu Darlehen für Auszubildende, § 42 a Abs. 1, Abs. 5 SGB II 82
n) Ermittlung des Bedarfs 82
o) Einkommensermittlung 82
p) Kinderbetreuungszuschlag nach § 14 b BAföG 83
q) Bildungskredit 84
r) Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus 84
s) Kinder von Auszubildenden erhalten Sozialgeld 85
5. Stationär Betreute, § 7 Abs. 4 S. 1 SGB II 86
6. Erreichbarkeit, § 7 Abs. 4 a SGB II, ErreichbarkeitsAO 86
7. Wer muss für wen einstehen? 90
a) Bedarfsgemeinschaft, § 7 Abs. 3 SGB II 90
b) „Partner“, § 7 Abs. 3 Nr. 3 SGB II 92
c) Haushaltsgemeinschaft, § 9 Abs. 5 SGB II 97
d) Hilfebedürftigkeit und Bedarfsgemeinschaft – Haushaltsgemeinschaft, § 9 SGB II 97
aa) Partner, § 9 Abs. 2 S. 1 SGB II 97
bb) Eltern und Kinder, § 9 Abs. 2 S. 2 SGB II 99
cc) Haushaltsgemeinschaft, § 9 Abs. 5 SGB II 102
dd) Schwangere/Junge Eltern im elterlichen Haushalt, § 9 Abs. 3 SGB II 103
ee) Zusammenfassung: Bedarfsgemeinschaft – Haushaltsgemeinschaft – Hilfebedürftigkeit 109
8. Erwerbsfähigkeit, § 8 SGB II 110
a) Feststellung der Erwerbsfähigkeit, § 44 a SGB II 111
b) Erwerbsfähigkeit./.Zumutbarkeit der Arbeit, § 10 SGB II 111
aa) Fehlende Eignung, § 10 Abs. 1 Nr. 1 SGB II 111
bb) Gefährdung, § 10 Abs. 1 Nr. 2 SGB II 111
cc) Kinderbetreuung, § 10 Abs. 1 Nr. 3 SGB II 112
dd) Pflege von Angehörigen, § 10 Abs. 1 Nr. 4 SGB II 115

http://www.nomos-shop.de/29382

ee) Kein „sonstiger wichtiger Grund“, § 10 Abs. 1 Nr. 5 SGB II 116
ff) Irrelevante Gründe der Unzumutbarkeit der Arbeit, § 10 Abs. 2 SGB II 116
gg) Anspruch auf „Urlaub“ bei Leistungsbezug nach SGB II 116
IV. Die Leistungen des SGB II 117
1. Allgemeines 117
a) Grundsatz des Forderns, § 2 SGB II 117
b) Allgemeine Leistungsgrundsätze, §§ 1 Abs. 2, 3 Abs. 1 SGB II 118
c) Leistungsberechtigte ohne Ausbildung, § 3 Abs. 2 S. 2 SGB II 119
d) Grundsatz des Förderns, § 14 SGB II 120
e) Fehlende Hilfebedürftigkeit – Leistungen der Arbeitsförderung 120
f) Fallmanager, § 14 Abs. 3 SGB II 121
g) Eingliederungsvereinbarung, § 15 SGB II 121
h) Sanktionssystem, §§ 31 ff SGB II 123
aa) Sanktionsauslösendes Verhalten 123
bb) Allgemeine Absenkungsvoraussetzungen, § 31 Abs. 1 S. 1, 2 SGB II 127
cc) Rechtsfolgen der Absenkung 128
i) Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten, § 34 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 SGB II 131
2. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts 134
a) Die Regelleistung 134
aa) Das System der Regelleistung, § 20 SGB II 134
bb) Gemischte Bedarfsgemeinschaft – Höhe der Regelleistung 135
cc) Alleinstehende, § 20 Abs. 2 SGB II 135
dd) Alleinerziehende, § 20 Abs. 2 SGB II 136
ee) Höhe der Regelleistung für Schwangere im elterlichen Haushalt 136
ff) Kürzung der Regelleistung 139
b) Einmalige Beihilfen 140
aa) Bedarfslagen 140
bb) Bedarfsdeckung 156
cc) Einmalige Leistungen ohne laufende Hilfe, § 24 Abs. 3 S. 3 SGB II 173
c) Darlehen für den unabweisbaren weiteren Bedarf, § 24 Abs. 1 SGB II 174
aa) Liegt ein unabweisbarer Bedarf vor? 175
bb) Kann sich der Antragsteller selbst helfen? 176
cc) Form der Leistung 177
dd) Rückzahlung des Darlehens, § 42 a Abs. 2, 4 SGB II 177
d) Kosten für Unterkunft und Heizung, § 22 Abs. 1 SGB II 180
aa) Übernahme der tatsächlichen Kosten, § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II 180
bb) Angemessenheit 183
cc) Tatsächliche Kosten – Übernahme unangemessener Aufwendungen, § 22 Abs. 1 S. 3 SGB II 195
dd) Anforderungen an Sozialleistungsträger bei Aufforderung zum Umzug 195
ee) Aufforderung zum Umzug, aber keine neue Wohnung in Sicht 196

http://www.nomos-shop.de/29382

ff) Erlaubnis vor Wohnungsanmietung 198
gg) Umzugskosten, § 22 Abs. 6 S. 1 Hs 1 SGB II 213
hh) Doppelte Mietaufwendungen 216
ii) Renovierungskosten 217
jj) Kaution und Genossenschaftsanteile, § 22 Abs. 6 S. 1 Hs 2 S. 2 SGB II 218
kk) Miet- und Engergieschulden, § 22 Abs. 8 SGB II 221
ll) Direkte Zahlung an den Vermieter, § 22 Abs. 7 SGB II 225
e) Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt, § 21 SGB II ... 226
aa) Schwangere, § 21 Abs. 2 SGB II 227
bb) Alleinerziehende, § 21 Abs. 3 SGB II 227
cc) Behinderte Menschen, § 21 Abs. 4 SGB II 235
dd) § 21 Abs. 6 SGB II 236
ee) Mehrbedarf für Warmwasser 246
ff) Sozialgeldbezieher 246
f) Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen, § 26 SGB II 248
g) Sozialgeld, §§ 19 Abs. 1 S. 2, 23 SGB II 251
h) Bildungs- und Teilhabepaket, § 28 SGB II 252
aa) Leistungsberechtigte 252
bb) Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten 252
cc) Persönlicher Schulbedarf 253
dd) Schülerbeförderung 255
ee) Lernförderung 257
ff) Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung 257
gg) Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft 257
V. Einkommen, §§ 11, 11 a, 11 b SGB II 259
1. Verordnungsermächtigung § 13 Nr. 1 SGB II 263
2. Kein Einkommen, § 11 a SGB II 263
a) Elterngeld = Einkommen? 263
b) Landeserziehungsgeld 264
c) Kindergeld = Einkommen?, § 11 Abs. 1 S. 3 SGB II 264
d) Erwartetes Einkommen, § 24 Abs. 4 SGB II 270
e) Rückerstattungen/Nachzahlungen 270
f) Bundesstiftungsmittel 271
g) Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege und Verweis auf Stiftungsmittel der Wohlfahrtsverbände, § 11 a Abs. 4, 5 SGB II ... 277
h) Darlehen = Einkommen, §§ 11 Abs. 1 S. 2, 11 a Abs. 3, 11 b Abs. 2 SGB II 280
i) Geldgeschenke, § 1 Abs. 1 Nr. 12 ALG II-VO 281
j) „Ferienjobs“ 281
k) Verpflichtungserklärung nach § 68 AufentG 282
l) Pflegegeld nach SGB VIII 283
m) Vorrangige Leistungen, § 12 a SGB II 283
n) Nothilfe 283
3. Berechnung des Freibetrages, §§ 11 b SGB II (ehem. § 30 SGB II) 284
a) Anrechnung des Freibetrages für Versicherungen 287
b) Unterhaltszahlungen, § 11 b Abs. 2 S. 1 Nr. 7 SGB II 289
c) Einkommensbereinigung bei Einnahmen aus Beschäftigungsverboten 290
aa) Mutterschutzlohn nach § 11 (ab 1.1.2018: § 18) MuSchG 290

http://www.nomos-shop.de/29382

bb) Mutterschaftsgeld nach § 13 (ab 1.1.2018: § 19) MuSchG ... 291
cc) Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach § 14 (ab 1.1.2018: § 20) MuSchG ... 291
VI. Abzusetzende Vermögensgegenstände und -werte, § 12 Abs. 2, 3 SGB II ... 291
1. Grundfreibetrag, § 12 Abs. 2 Nr. 1 SGB II ... 292
2. Altersvorsorge ... 292
a) „Riester"-Rente, § 12 Abs. 2 Nr. 2 SGB II ... 292
b) Der Altersvorsorge dienende geldwerte Ansprüche, § 12 Abs. 2 Nr. 3 SGB II ... 292
c) Altersvorsorge Selbstständiger, § 12 Abs. 3 Nr. 3 SGB II ... 293
d) Voraussetzung für den Schutz sonstiger Lebensversicherungen ... 293
e) Verwertung ... 294
aa) Verwertung einer Lebensversicherung während der Elternzeit, § 12 Abs. 3 S. 1 Nr. 6 SGB II ... 294
bb) Können überschießende Beträge zwischen den unterschiedlichen Vermögenstatbeständen „verschoben" werden? ... 297
cc) Verwertung von Lebensversicherung trotz geringem Rückkaufswert ... 299
3. Freibetrag für notwendige Anschaffungen, § 12 Abs. 2 Nr. 4 SGB II ... 300
4. Anrechnung von überschüssigem Schonvermögen auf andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft ... 300
5. Angemessenes Kraftfahrzeug ... 301
VII. Heranziehung Unterhaltspflichtiger ... 302
1. Erster Schritt: Bestehen eines Unterhaltsanspruchs? ... 302
a) Hat die nichteheliche Mutter gegen den Kindesvater einen Unterhaltsanspruch? ... 302
b) Wie lange besteht der Unterhaltsanspruch der Eltern gegenüber den Kindern ... 303
c) Was versteht man unter Betreuungsunterhalt, was unter Barunterhalt? ... 307
d) Wirksamkeit einer Naturalunterhaltsvereinbarung zwischen volljährigen Kindern und ihren Eltern ... 308
e) Schulden der Eltern ... 309
f) Müssen die Eltern für ihre verheiratete Tochter haften? ... 310
g) Hat die Kindesmutter wegen der Betreuung ihres eigenen Kindes einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Eltern? ... 310
h) Muss der Kindesvater seine Ausbildung abbrechen ... 311
2. Zweiter Schritt: Geltendmachung überhaupt möglich? Überleitung des Anspruchs, § 33 SGB II ... 311
3. Dritter Schritt: Muss der Betroffene den Unterhaltsanspruch selber geltend machen ... 312
4. Kann der Sozialleistungsträger auch Unterhalt für die Vergangenheit einfordern? ... 317

C. Unterhaltsvorschuss ... 319

I. Anspruchsberechtigte Kinder, § 1 Abs. 1 UVG ... 319
1. Leben „bei einem" seiner Elternteile, § 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG ... 319
2. Keine Anspruchsberechtigung für Großeltern ... 321
3. Zusammenleben mit Stiefeltern, § 1 Abs. 1 Nr. 2 UVG ... 321

http://www.nomos-shop.de/29382

II. „Dauernd getrennt lebend“, § 1 Abs. 2 UVG 322
III. Anspruchsberechtigung von Ausländer*innen, § 1 Abs. 2 a UVG 322
IV. „Zusammenleben“ der Eltern, § 1 Abs. 3, 1. Alt. 323
V. Weigerung der Auskunftserteilung, § 1 Abs. 3, 2. Alt. UVG 324
VI. Kein Anspruch nach künstlicher Befruchtung 325
VII. Verhältnis zu anderen Leistungen, § 1 Abs. 4 UVG 325
VIII. Höhe der Unterhaltsleistung, § 2 Abs. 1 UVG 326
IX. Dauer der Unterhaltsleistung, § 3 UVG 326
X. Rückzahlungspflicht, § 5 Abs. 2 UVG 326
XI. Mitteilungspflichten, § 6 UVG 327
XII. Übergang von Ansprüchen des Berechtigten, § 7 Abs. 1 UVG 327
XIII. Verfahren und Zahlungsweise, § 9 UVG 328

D. Elterngeld 329

I. Definition: Basiselterngeld und Elterngeld Plus?, § 4 Abs. 2 S. 2 BEEG ./. § 4 Abs. 3 BEEG 329
II. Berechtigte, § 1 Abs. 1, 8 BEEG 330
1. Eltern mit Behinderung 330
2. Verzögerte Betreuung, § 1 Abs. 5 BEEG 330
3. Väter nichtehelicher Kinder, § 1 Abs. 3 Nr. 3 BEEG 331
4. Adoptiveltern, § 1 Abs. 3 S. 1 Nr. 1, S. 2 BEEG 332
5. Pflegeeltern, § 1 Abs. 4 BEEG 332
6. Verwandte, § 1 Abs. 4 BEEG 332
7. Menschen mit Migrationshintergrund, § 1 Abs. 7 BEEG 332
8. Gemeinsamer Haushalt bei Aufenthalt in einer Einrichtung?, § 1 Abs. 1 Nr. 2 BEEG 333
9. Betreuung durch eine Tageseinrichtung oder Kindertagespflege 334
10. Keine oder keine volle Erwerbstätigkeit 334
III. Mehrlingsgeburten: 1 x Elterngeld pro Geburt, nicht pro Kind!, § 1 Abs. 1 S. 2 BEEG neue Fassung (kurz: n.F.) 335
IV. Höhe 335
1. Einkommen, das bei der Berechnung des Elterngeld berücksichtigt wird, §§ 2 ff. BEEG 335
2. Mindestelterngeld („Sockelbetrag“), § 2 Abs. 4 BEEG 336
3. Grundsätzliche Höhe, § 2 Abs. 1 S. 1 BEEG 337
4. Geringverdiener: „Zuwachsrate“, § 2 Abs. 2 S. 1 BEEG 337
5. Einkommen von mehr als 1.200 Euro: „Abschmelzrate“, § 2 Abs. 2 S. 2 BEEG 337
6. Teilzeit, § 2 Abs. 3 BEEG 338
7. Geburt eines weiteren Kindes, § 2 a BEEG 339
8. Mehrlingsgeburten, 2 a Abs. 4 BEEG 340
9. Einzelne Einkommensarten 340
a) Ausbildungsgehalt 340
b) Mutterschutzlohn 340
c) Einkommen, das im Ausland erzielt worden ist 340
d) Einkommen, das nicht in Deutschland versteuert wird 340
e) Pauschal besteuerte Einnahmen 340
f) Nichtberücksichtigung des Krankengeldes, § 2 b Abs. 1 Nr. 3 BEEG 341
g) Sozialleistungen 343

http://www.nomos-shop.de/29382

h) Sonstige Bezüge, § 2 c Abs. 1 S. 2 BEEG 343
i) Lohn- und Gehaltsbescheinigung 343
j) Selbstständige, §§ 2 b Abs. 2, Abs. 3, 2 d BEEG 344
10. Kalendermonate ohne Berücksichtigung 345
11. „Progressionsrelevanz“ 346
12. Lohnsteuerwechsel 347
13. Elterngeld: „abgabenfrei“ 347
V. Anrechnung von anderen Leistungen 347
1. Anrechnungsfreiheit, § 10 BEEG 347
2. Anrechnung auf ALG II, Sozialhilfe und Kinderzuschlag 348
3. Die sog. „Aufstockerregelung“, § 10 Abs. 5 S. 2 BEEG 350
a) Problem: Geringverdienerbonus 351
b) Zwillinge 351
4. Anrechnung von anderen Einnahmen 352
5. Doppelberücksichtigung des Mutterschaftsgeldes? 353
VI. Das Elterngeldkontingent 355
1. Umfang, § 4 Abs. 4 S. 1 BEEG 355
2. Zeitliche Grenzen des Bezugs, § 4 Abs. 1 BEEG 357
3. Bezugsmodalitäten, § 4 Abs. 2 S. 2 und 3 BEEG 357
4. Die Aufteilung 357
VII. Bezugszeitraum, § 4 Abs. 5 S. 2 BEEG 358
1. Elternpaare, § 4 Abs. 5 BEEG 359
2. Alleinerziehende und vergleichbare allein Betreuende, § 4 Abs. 6 BEEG 359
3. Besonderheiten bei bestimmten Mutterschaftsleistungen, § 4 Abs. 5 S. 3 BEEG 360
4. Einschränkungen nach dem 14. Lebensmonat, § 4 Abs. 1 S. 2 BEEG 361
5. Besonderheiten bei Adoptionen, § 4 Abs. 1 S. 3 BEEG 363
6. Partnerschaftsbonus, § 4 Abs. 4 BEEG 364
7. Elternpaare 364
8. Alleinerziehende 367
VIII. Die Berechnung des Elterngeld Plus, § 4 Abs. 3 BEEG 368
1. Ein Überblick vor dem Einstieg in die Berechnung 368
2. Die Berechnung in fünf Schritten, §§ 2 bis 3 iVm § 4 Abs. 3 Sätze 2 und 3 BEEG 372
3. Sockelbetrag u.a. nur in halber Höhe 379
IX. Auswirkungen des Elterngeldes im Unterhaltsrecht 380
X. Antrag 380

E. Kindergeld 382

I. Berechtigung 382
1. Kinder 383
a) Kinder aus eheähnlichen Gemeinschaften 383
b) Arbeitssuchende Kinder 383
c) Ausbildung suchende Kinder 383
d) Kinder in Ausbildung 384
e) Kinder mit Behinderung 384
2. Kindergeld für sich selbst 384
3. Wohnsitz 385

http://www.nomos-shop.de/29382

4. Gemeinsamer Haushalt 386
5. Menschen mit Migrationshintergrund 387
II. Antrag 388
III. Abzweigung 388
IV. Verfahren: Besonderheiten 388
V. Rückforderung 389

F. Kinderzuschlag 392

I. Voraussetzungen 392
1. Kinder, § 6 a Abs. 1 Hs 1 Nr. 1 BKGG 392
2. Elterliches Mindesteinkommen, § 6 a Abs. 1 Nr. 2 BKGG 392
3. Höchsteinkommensgrenze = Einkommen der Eltern § 6 a Abs. 1 Nr. 3 BKGG 393
4. Vergleichsberechnung: Vermeidung der Hilfebedürftigkeit durch Kinderzuschlag, § 6 a Abs. 1 Nr. 4 BKGG 395
5. „Wahlrecht“ bei Mehrbedarfen? Nein! Verzicht 396
6. Ausgeschlossene Personen 396
II. Einmalige Bedarfe und Zuschuss zu Krankenversicherungsbeiträgen 396
III. Verfahren 397
1. Antragstellung 397
2. Streitigkeiten über die richtige Leistung 397
3. Antragsablehnung und rückwirkende Beantragung von SGB II-Leistungen 397
IV. Bezugsdauer 397
V. Kurzfristige Leistungseinstellung unter Verweis auf vorrangige Leistungen 397
VI. Leistungen für Bildung und Teilhabe, § 6 b BKGG 399
VII. Rückforderung 400

G. Krankenschutz 402

I. Krankenversicherungsschutz 402
1. Versicherung kraft Gesetzes, § 5 Abs. 1 SGB V 402
a) Besonderheiten für Personen im ALG-II-Bezug, § 5 Abs. 1 Nr. 2 a SGB II. 402
b) Besonderheiten für Studenten, § 5 Abs. 1 Nr. 9, Abs. 7 SGB II 406
c) Besonderheiten bei fehlender Absicherung im Krankheitsfall, § 5 Abs. 1 Nr. 13, Abs. 11 SGB V, § 193 Abs. 3 VVG 407
d) Nachgehender Versicherungsschutz 408
e) Besonderheiten im Mutterschutz und in der Elternzeit, §§ 192 Abs. 1 Nr. 2, 224 Abs. 1, SGB V 408
2. Familienversicherung, § 10 SGB V 409
II. Leistungen der Krankenversicherung 411
1. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft 411
2. Zuzahlungen bei Entbindung 412
3. Haushaltshilfe 412
4. Fahrtkosten 414
a) Anspruch gegen die Krankenkasse 414
b) Anspruch gegen den Sozialhilfeträger 414
c) Anspruch gegen den SGB-II-Sozialleistungsträger 415

http://www.nomos-shop.de/29382

d) Klärung der Anspruchsgrundlage durch die beteiligten Sozialleistungsträger ... 415
III. Leistungen der Sozialhilfe ... 416
1. Hilfe bei Krankheit, §§ 47 f SGB XII ... 416
2. Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft, § 50 SGB XII ... 416
3. Anspruch auf Sterilisation, § 51 SGB XII ... 416
IV. Ungeklärte Kostenübernahme ... 417
1. Anspruch auf Hilfe zur Familienplanung ... 417
a) Zuständigkeit der Sozialhilfeträger ... 417
b) Anspruch auf Hilfe zur Familienplanung, §§ 49, 52 Abs. 1 S. 1 SGB XII, § 24 a Abs. 2 S. 1 SGB V ... 417
aa) SGB V ... 419
bb) SGB XII ... 419
cc) SGB II ... 421
dd) AsylbLG ... 424
2. HPV-Impfung zum Schutz vor Gebärmutterhalskrebs ... 424
3. Gebärmutterkrebs-Ultraschalluntersuchung ... 425
4. Folsäure ... 426
5. Zahnbehandlung ... 427

H. Besonderheiten bei Migrationshintergrund ... 429

I. Ansprüche nach AsylbLG ... 430
1. Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG ... 430
2. Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG ... 431
a) Leistungen bei Krankheit, § 4 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG ... 432
b) § 4 Abs. 2 AsylbLG ... 433
c) Sonstige Leistungen, § 6 Abs. 1 AsylbLG ... 433
d) Mehrbedarf bei Schwangerschaft ... 435
e) Erstausstattung für Bekleidung bei Schwangerschaft ... 435
f) Bedürfnisse des Kindes ... 436
g) Kinderwagen/Mobiliar bei Geburt eines Kindes ... 437
h) Bekanntgabe der Bedarfe ... 438
i) Anrechnung von Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege ... 439
j) Anrechnung von Bundesstiftungsmitteln ... 440
k) Das AsylbLG: kein Sozialrecht? ... 447
II. Hilfsangebote des SGB VIII ... 448
III. Ärztliche Versorgung als unabweisbar gebotene Leistung ... 448

I. Leistungen der Jugendhilfe ... 450

I. Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge ... 450
II. Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen, § 20 SGB VIII, § 38 SGB V ... 451
1. Haushaltshilfe bei Schwangerschaft und Geburt ... 451
2. Anspruch auf Haushaltshilfe gegen die Krankenversicherung ... 451
3. Anspruch auf Haushaltshilfe gegen den Jugendhilfeträger ... 452
4. Krankengeld bei Erkrankung des Kindes gemäß § 45 SGB V ... 453
III. Assistenz für Eltern mit Behinderungen ... 454
IV. Hilfen bei Mehrlingsgeburt ... 455
V. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, § 24 SGB VIII ... 457
VI. Erziehungsberatung, § 28 SGB VIII ... 459

http://www.nomos-shop.de/29382

VII. Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer, § 30 SGB VIII 459
VIII. Vollzeitpflege, § 33 SGB VIII 459
IX. Eintritt einer Schwangerschaft während einer Jugendhilfemaßnahme 460
1. Schwangerenbekleidung 460
2. Bedarf des Kindes 461

J. Besonderheiten im BAföG 462

I. Fehlende Unterschrift der Eltern 462
II. Unwirksame Unterhaltsbestimmung der Eltern im BAföG-Antrag, §§ 36 ff. BAföG 462
III. Kinderbetreuungszuschlag, §§ 14 b BAföG 463
IV. Ansprüche von EU-Bürger*innen 463

K. Was ist allgemein in Verwaltungsverfahren zu beachten? 465

I. Recht zur Verfahrensteilnahme der Schwangerschaftsberater*innen 465
II. Handlungsfähigkeit 465
III. Beratungspflicht des Sozialleistungsträgers 466
IV. Antragstellung, § 16 Abs. 2, 3 SGB I 468
V. Entgegennahme von Anträgen, § 20 Abs. 3 SGB X 472
VI. Amtssprache: deutsch!? 472
VII. Wiederholte Antragstellung, § 28 SGB X 473
VIII. Mitwirkungsverpflichtung 474
1. Vorlage von Kontoauszügen 475
2. Beweislast bei Bedürftigkeitszweifeln 475
3. Muss der Name des Kindesvaters genannt werden? 476
a) Unterhaltsvorschuss 476
b) ALG II, Sozialgeld/-hilfe 477
c) Exkurs: Der zivilrechtliche Anspruch des Kindes gegen die Mutter 480
d) Exkurs: Strafbarkeit wegen Betruges gem. § 263 StGB 480
4. Hausbesuche 481
5. Folgen fehlender Mitwirkung 483
IX. Bescheid 484
X. Vorschüsse, § 42 SGB I 485
XI. Vorläufige Leistungen, § 43 SGB I 486
XII. Rückforderung, §§ 45 ff SGB X 493
1. Unterschiedliche Rückforderungsvorschriften – unterschiedliche Voraussetzungen 493
2. Beweislast 496
3. Rückforderung wegen erzielten Einkommens 496
4. Bestimmtheit der Rückforderung 497
5. Subjektive Sicht des Leistungsberechtigten 498
6. Rücknahmezeitraum 498
7. Leistung ohne Bescheid 498
8. Schutz Minderjähriger 499
XIII. Akteneinsicht 500
XIV. Telefonische Erreichbarkeit des Jobcenters 500

http://www.nomos-shop.de/29382

L. Rechtsschutz 502

I. Widerspruch, §§ 68 ff VwGO bzw §§ 83 f SGG 502
II. Klage, §§ 87 ff SGG 504
III. Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung, § 86 b Abs. 2 SGG 507
IV. Aufschiebende Wirkung, §§ 86 a Abs. 3, 86 b Abs. 1 SGG 509
V. Untätigkeitsklage, § 88 SGG 510
VI. Untätigkeit der Kläger*innen 511
VII. Nachzahlung/Informationspflicht des Fallmanagers? 512

M. Sonstige rechtliche Aspekte der Schwangerschaftsberatung 514

I. Schweigepflicht 514
II. Auskunftsersuchen eines Jobcenters 515
III. Zeugnisverweigerungsrecht 515

N. Arbeitsrechtliche Aspekte 518

I. Lügen beim Vorstellungsgespräch 518
II. Mutterschutz 519
1. Wesentliche Neuregelungen des Gesetzes zur Neuregelung des Mutterschutzrechts 519
a) Anwendungsbereich des Gesetzes 519
b) Der Begriff der unverantwortbaren Gefährdung 519
c) Die mutterschutzspezifischen Verpflichtungen der Arbeitgeber 519
d) Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsverbote 519
e) Einrichtung des Ausschusses für Mutterschutz 519
f) Verlängerung der Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung 520
g) Überarbeitung der Regelungen zum Kündigungsschutz und zum Leistungsrecht 520
2. Anwendungsbereich und Ziel des Mutterschutzes, § 1 MuSchG 520
3. Begriffsbestimmungen, § 2 MuSchG 522
4. Schutzfristen vor der Entbindung, § 3 Abs. 1 MuSchG 522
5. Schutzfristen nach der Entbindung, § 3 Abs. 2 MuSchG 522
6. Verkürzung der Schutzfristen für Schülerinnen und Studentinnen, § 3 Abs. 3 MuSchG 522
7. Verkürzung der Schutzfristen nach dem Tod eines Kindes, § 3 Abs. 4 MuSchG 523
8. Verbot der Mehrarbeit, § 4 Abs. 1 MuSchG 523
9. Verbot der Nachtarbeit, § 5, 28 MuSchG 523
10. Ruhezeit, § 4 Abs. 2 MuSchG 524
11. Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit, § 6 MuSchG 524
12. Freistellung für Untersuchungen, § 7 Abs. 1 MuSchG 524
13. Freistellung zum Stillen, § 7 Abs. 2 MuSchG 524
14. Beschränkung von Heimarbeit, § 8 MuSchG 525
15. Gestaltung der Arbeitsbedingungen; unverantwortbare Gefährdung, § 9 MuSchG 525
16. Beurteilung der Arbeitsbedingungen; Schutzmaßnahmen, § 10 526
17. Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für schwangere Frauen, § 11 MuSchG 527

http://www.nomos-shop.de/29382

18. Unzulässige Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen für stillende Frauen, § 12 MuSchG 527
19. Rangfolge der Schutzmaßnahmen: Umgestaltung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzwechsel und betriebliches Beschäftigungsverbot, § 13 MuSchG 527
20. Dokumentation und Information durch den Arbeitgeber, § 14 MuSchG 528
21. Mitteilungen der schwangeren und stillenden Frauen, § 15 Abs. 1 MuSchG 528
22. Nachweise der schwangeren und stillenden Frauen, § 15 Abs. 2 MuSchG 528
23. Ärztliches Beschäftigungsverbot, § 16 MuSchG 528
24. Kündigungsverbot, § 17 Abs. 1 MuSchG 529
25. Ausnahme vom Kündigungsverbot, § 17 Abs. 2 MuSchG 531
26. Kündigungsverbot, § 17 Abs. 3 MuSchG 531
27. Mutterschutzlohn, § 18 MuSchG 531
28. Mutterschaftsgeld für Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse, § 19 Abs. 1 MuSchG 531
a) Voraussetzungen, § 24 i Abs. 1 SGB V 532
aa) GKV-Mitglied 532
bb) Entweder: Anspruch auf Krankengeld 532
cc) Oder Wegfall des Arbeitsentgelts 534
b) Höhe des Mutterschaftsgeldes, § 24 i Abs. 2 SGB V 535
c) Anspruchsdauer, § 24 i Abs. 3 SGB V 535
d) Ruhen des Anspruchs, § 24 i Abs. 4 SGB V 536
29. Mutterschaftsgeld für Frauen, die nicht Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sind, § 19 Abs. 2 MuSchG 536
30. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 MuSchG 536
31. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 Abs. 1 MuSchG 537
32. Arbeitgeberzuschuss bei Tätigkeit für mehrere Arbeitgeber, § 19 Abs. 2 MuSchG 537
33. Arbeitgeberzuschuss bei Ende der Tätigkeit, § 20 Abs. 3 MuSchG 537
34. Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts – Berechnungszeitraum, § 21 Abs. 1 MuSchG 538
35. Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts – unberücksichtigte Leistungen, § 21 Abs. 2 MuSchG 538
36. Abweichende Ermittlung des durchschnittlichen Arbeitsentgelts, § 21 Abs. 3 MuSchG 538
37. Dauerhaften Änderung der Arbeitsentgelthöhe, § 21 Abs. 4 MuSchG 539
38. Leistungen während der Elternzeit, § 22 Satz 1 MuSchG 539
39. Leistungen bei Teilzeit während der Elternzeit, § 22 Satz 2 MuSchG 540
40. Entgelt bei Freistellung für Untersuchungen und zum Stillen, § 23 MuSchG 540
41. Fortbestehen des Erholungsurlaubs bei Beschäftigungsverboten, § 24 MuSchG 540
42. Beschäftigung nach dem Ende des Beschäftigungsverbotes 540
III. Elternzeit 541
1. Anrechnung der Mutterschutzfrist auf die Elternzeit der Mutter, § 15 Abs. 2 S. 3 BEEG 541

http://www.nomos-shop.de/29382

2. Elternzeit für jedes Kind – auch bei Überschneidungen, § 15 Abs. 2 S. 4 BEEG 542
3. Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit, § 15 Abs. 7 S. 1 BEEG 542
a) Übersicht 543
b) 24 Monate Elternzeit zwischen dem dritten und achten Lebensjahr, § 15 Abs. 2 S. 2 BEEG 543
c) Ablehnung, § 15 Abs. 7 S. 4 BEEG 544
d) Zustimmungsfiktionen, § 15 Abs. 7 S. 5, 6 BEEG 544
e) Rechtsweg, § 15 Abs. 7 S. 7 BEEG 545
aa) Inanspruchnahme der Elternzeit, § 16 Abs. 1 S. 1 BEEG 545
bb) Ablehnung, § 16 Abs. 1 S. 7 BEEG 549
f) Arbeitgeberwechsel, § 16 Abs. 1 S. 7 BEEG 550
4. Kündigungsschutz, § 18 Abs. 1 BEEG 550
5. „Großelternzeit“ 550
IV. Informationen zum Recht auf Teilzeitarbeit 552
V. Teilzeitbeschäftigung wegen Art oder Schwere der Behinderung, § 81 Abs. 5 SGB IX 553
VI. Gesetz über die Familienpflegezeit (Familienpflegezeitgesetz – FPfZG) 553

O. Besonderheiten für Mütter nach Fehlgeburt 555
I. Rechtliche Differenzierung von Lebend-, Tot- und Fehlgeburt 555
II. Mutterschutz 555
III. Bestattungsrecht 555

Stichwortverzeichnis 557